Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2015-09-14

Dezernat/ Amt: I / Büro der
Stadtvertretung
Bearbeiter/in: Frau Timper
Telefon: 545 - 1028

Informationsvorlage Drucksache Nr.

00373/2015/PE

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Prüfantrag | Ausgabe einer Bewohnerparkkarte für pflegende Angehörige prüfen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung nimmt das Prüfergebnis zur Kenntnis.

Begründung

Die Stadtvertretung hat in ihrer 10. Sitzung am 15.06.2015 unter TOP 25.1 zu Drucksache 00373/2015 Folgendes beschlossen:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert zu prüfen, ob Bewohnerparkkarten an Personen ausgegeben werden können, wenn diese einen Angehörigen pflegen, der innerhalb einer Parkzone wohnhaft ist. Die Ergebnisse sind der Stadtvertretung zur Sitzung im September vorzulegen.

Hierzu wird mitgeteilt:

Das Parken auf öffentlichen Flächen ist Gemeingebrauch, der nur zugunsten der in der StVO genannten Personengruppe (Bewohner, Behinderte, Inhaber einer Ausnahmegenehmigung gem. § 46 StVO) privilegiert ist oder gem. § 6a Abs. 6 Satz 1 StVG für alle Verkehrsteilnehmer einer Gebührenpflicht unterworfen oder zeitlich beschränkt werden kann.

Gemäß der Verwaltungsvorschrift-StVO dürfen Bewohnerparkkarten nur an melderechtlich registrierte und nur dort wohnhafte Bewohnerinnen und Bewohner erteilt werden. Die Herausgabe einer Bewohnerparkkarte ist für den betreffenden Personengruppe folglich grundsätzlich nicht zulässig.

Insofern bedarf es einer Prüfung, ob eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden kann. Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung ist nur in besonders dringenden Fällen

gerechtfertigt. An den Nachweis der Dringlichkeit sind strenge Anforderungen zu stellen. In Anlehnung an die für Soziale Dienste gewährten Parkerleichterungen sieht die Verwaltung die besondere Dringlichkeit dann als gegeben an, wenn der betreuten Person eine Pflegestufe zuerkannt wurde und der Angehörige in dem Bescheid „Eingruppierung zur Pflegestufe“ als Pflegeperson eingetragen ist. Sind diese beiden Kriterien erfüllt, wird eine Ausnahmegenehmigung auf Parkerleichterung für die entsprechende Bewohnerparkzone erteilt.

Da eine Gebührenbefreiung jedoch nach der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr nicht möglich ist, ist eine Gebühr i.H.v. 30,70 € entsprechend der Gebühr für eine Bewohnerparkkarte zu zahlen.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

keine

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin